



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Verkauf der GBW-Wohnungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, durch Staatsminister Dr. Markus Söder als Vertreter der Staatsregierung dem Landtag mündlich darüber zu berichten, ob die Aussagen des Sprechers von Joaquin Almunia zutreffen, wonach die Europäische Union einen Verkauf der GBW-Wohnungen im Zuge des Beihilfeverfahrens im Rahmen der Landesbank-Rettung nicht gefordert habe, sondern diese Auflage vielmehr auf Anregung und Initiative der Staatsregierung zustande gekommen sei.

Begründung:

Der Landtag hat sich mit dem Verkauf der GBW-Wohnungen durch die BayernLB in den vergangenen Jahren häufig beschäftigt. Dabei hat die Staatsregierung, namentlich Staatsminister Dr. Söder, immer betont, die EU fordere den Verkauf des Wohnungsbestands im Rahmen der Genehmigung der Kapitalisierung der BayernLB in Höhe von 10 Mrd. Euro im Dezember 2008. Darüber hinaus hat der Staatsminister immer betont, eine Übernahme des Wohnungsbestands durch den Freistaat Bayern werde von der EU nicht akzeptiert.

Nunmehr stellt der Sprecher Almunias eine ganz andere Version der Dinge dar. Demnach soll die Staatsregierung den Anstoß dazu gegeben haben, dass der Wohnungsverkauf Bestandteil des Genehmigungsbescheids wird. Der Staatsminister hat nun dem Landtag zu erklären, ob er auch korrekt und lückenlos informiert hat.